

Ergebnisse der Stadtteilversammlung für Kinder und Jugendliche vorgestellt

Bezirksbeirat Neckarstadt-Ost spricht Teilnehmern für politische Beteiligung Lob aus

Zunächst wurden in der Sitzung des Bezirksbeirats Neckarstadt-Ost, am Mittwoch, dem 25. Oktober 2017, die Ergebnisse der Stadtteilversammlung für Kinder und Jugendliche des Bezirkes Neckarstadt-Ost vorgestellt. Im Vorfeld der Stadtteilversammlung erarbeiteten die Kinder und Jugendlichen in „kommunalpolitische Foren“ ihre Anliegen an die Politik. Viele Anliegen behandeln die Verkehrssituation im Umfeld der Schulen. Die Teilnehmer der Stadtteilversammlung kritisieren insbesondere zu schnelles und rücksichtsloses Fahren. In Stadtteilbegehungen wurden die bemängelten Stellen von Kinder und Jugendlichen, Vertretern der Politik und der Stadtverwaltung besichtigt und die Probleme vor Ort besprochen. Zudem wurde der Wunsch geäußert, die ÖPNV-Versorgung zu verbessern. Ein weiteres Anliegen ist der Ausbau der Fahrradwege. Die Kinder und Jugendlichen wünschen sich außerdem einen nachhaltigeren Umgang mit der Natur, einen respektvolleren Umgang untereinander sowie die Wahrung der Kinderrechte. Viele Anliegen wurden durch die zuständigen Fachbereiche der Stadtverwaltung geprüft. Zwar konnten nicht alle Anliegen im Sinne der Kinder und Jugendlichen beantwortet werden, dies jedoch sei, so eine Vertreterin der Verwaltung, Teil des demokratischen Lernprozesses und zeige, dass verschiedene Interessen berücksichtigt werden müssen und Durchhaltevermögen zur Durchsetzung eigener Ziele und Forderungen gefragt sei.

Zudem wurde die Arbeit des Seniorenbegleitdienstes im Stadtteil Neckarstadt vorgestellt. Geschulte, ehrenamtliche Helfer begleiten alleinstehende, ältere Menschen und helfen dabei, deren Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu erleichtern. Ein engmaschiger Matchingprozess stellt die Wahl geeigneter Tandempartner sicher.

Die starke Frequentierung der Straßenquerung am Alten Messplatz/Mittelstraße durch Fußgänger und Radverkehr führt dazu, dass es zu einer Störung des Verkehrsflusses kommen kann. Keine der geprüften Maßnahmen führt zu einer Optimierung des Verkehrsflusses. Umfangreiche Baumaßnahmen erfordern einen Auftrag des Gemeinderates.